

Gemeinsames Grundlagenpapier der Ärztekammer Berlin, der Berliner Krankenhausgesellschaft und der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin:

Zukunftsfähigkeit der Gesundheitsversorgung in Berlin sichern

Die Ärztekammer Berlin (ÄKB), die Berliner Krankenhausgesellschaft (BKG) und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV Berlin) wenden sich gemeinsam als Rückgrat des sehr guten Berliner Gesundheitssystems direkt an die Landespolitik und äußern sich zu ihren Erwartungen an die neue Legislaturperiode. Unabhängig von offenen Fragen und naturgemäß unterschiedlichen Themen sind die drei Organisationen bereit, gemeinsam eine Gesundheitsversorgung auszugestalten, die sich weiterhin konsequent an Patientenwohl, Qualität und medizinischem Fortschritt orientiert.

Die ÄKB, die BKG und die KV Berlin plädieren für bessere und regelhafte Kommunikationswege zwischen Akteuren des Gesundheitswesens und der Berliner Politik. Gemeinsames Ziel ist es, die Zukunftsfähigkeit der Gesundheitsversorgung in Berlin zu sichern.

Die drei Organisationen haben vier gemeinsame Kernthemen und Forderungen definiert, die vom neu zu bildenden Berliner Senat zu beachten sind.

COVID-19-Pandemie

Nach anfänglich erheblichen Schwierigkeiten in der Zuordnung der Versorgungsaufträge hat sich unzweifelhaft gezeigt, dass das ambulante und stationäre Gesundheitswesen in Berlin hervorragend funktioniert hat. Das System war stabil. Es hat die große Zahl an Infizierten, Besorgten und Schwerekranken versorgt und das neben dem Regelbetrieb. In der Pandemie haben sowohl die Beschäftigten im stationären als auch im ambulanten Bereich Hervorragendes geleistet. Es ist zu erheblichen Teilen ihnen zu verdanken, dass Berlin nie ernsthaft an die Grenzen der Gesundheitsversorgung kam.

COVID-19 hat aber auch Schwächen des Berliner Gesundheitswesens aufgezeigt. Teils widersprüchlich und oftmals verbesserungswürdig war die Kommunikation während der Pandemie – hier im Besonderen mit der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Zu oft wurden wichtige Akteure nicht ausreichend informiert und mitgenommen.

Vor diesem Hintergrund werden sich die drei Organisationen dafür einsetzen, dass die richtigen Schlüsse aus der Pandemie gezogen werden. Um die Leistungsfähigkeit und Flexibilität im Gesundheitswesen zum Wohl der Patient:innen weiterzuentwickeln und die gesundheitspolitischen Herausforderungen zu gestalten, stehen ÄKB, BKG und KV Berlin gemeinsam als kompetente und zuverlässige Institutionen bereit.

Darüber hinaus plädieren ÄKB, BKG und KV Berlin für feste Strukturen, Ansprechpartner:innen, Kommunikationsprozesse und für ein besseres, unbürokratisches und fundiertes Handeln in Krisen – auch sektoren- und bereichsübergreifend. Aufarbeitende Gespräche zu den Erfahrungen aus der Krise können dazu dienen, gesundheitspolitische Themen weiterzuentwickeln, Anknüpfungspunkte auszumachen und gemeinsam Potenziale der Berliner Gesundheitsversorgung zu heben. Exemplarisch sei an dieser Stelle der Mangel an Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel genannt, der zu Beginn der

Pandemie zu großen Problemen geführt hat. Hier ist es dringend geboten, Reserven anzulegen und die Finanzierung entsprechend zu sichern.

Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel ist in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft eklatant. Im Gesundheitssektor wiegt er besonders schwer. Bis zum Jahr 2030 fehlen in Berlin rund 10.000 Pflegekräfte. Aber auch in der ambulanten Versorgung suchen die Praxen händeringend nach Personal, hier insbesondere medizinische Fachangestellte. Zudem mangelt es in Berlin auch an Ärzt:innen.

Die Gründe für den Fachkräftemangel im Gesundheitssektor sind vielschichtig. Im ambulanten Bereich sind es zum Beispiel die zunehmende Überalterung in der Ärzteschaft, aber auch der Trend in Richtung Teilzeittätigkeit. Im stationären Bereich werden mit der demografischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt zusätzliche Kapazitäten benötigt. Die Arbeitsbedingungen müssen weiter verbessert werden. Aber es bedarf auch mehr Medizinstudienplätze sowie Ausbildungsplätze für Pflegekräfte und medizinische Fachangestellte, die auskömmlich finanziert sein müssen, eines Ausbaus der Vereinbarkeit von Familie, Freizeit/Pflege und Beruf und einer Diskussion zur Finanzierung von mehr Fachkräften – ambulant wie stationär.

Weiterhin muss das Medizinstudium modernisiert werden. Zudem bedarf es einer zunehmenden Anerkennung der ausländischen Berufsabschlüsse von Pflegekräften und Ärzt:innen, mehr Unterstützung bei der Integration sowie verstärkter Bemühungen bei der Anwerbung von ausländischen Pflegekräften und Ärzt:innen.

Digitalisierung

Um die digitale Transformation des Gesundheitswesens erfolgreich zu gestalten, müssen deren Potenziale konsequent gehoben werden. Dazu gehört es, dass die Bürokratie in Krankenhäusern und Praxen weiter abgebaut werden muss. Denn eine gelungene und intelligente Digitalisierung verschafft den Mitarbeitenden mehr Zeit für die Versorgung von Patient:innen.

Die Politik ist gefordert, verlässliche Rahmenbedingungen zur Digitalisierung zu schaffen. Dazu gehört auch, längerfristige Planungssicherheit durch auskömmliche Finanzierungszusagen bei der digitalen Transformation zu bieten. Ebenso wichtig ist es, alle Player im Umsetzungsprozess mitzunehmen, die Gestaltung der Digitalisierung an der realen Situation in Praxen und Krankenhäusern auszurichten und damit Klinikpersonal und Praxismitarbeitende effektiv zu entlasten.

Die Kommunikation an den Schnittstellen muss optimiert werden. Denn optimierte Prozesse führen zu Erleichterungen in Klinik- und Praxisalltag und reduzieren den administrativen Aufwand. So bleibt mehr Zeit für die Patient:innen. Grund für die teils mangelhafte digitale Infrastruktur ist insbesondere die unzureichende Investitionsfinanzierung. Es gilt dabei, auch die Folgekosten der Digitalisierung zu refinanzieren. Bei geringen Personalressourcen bleibt es eine große Herausforderung, die medizinischen Anwendungen umzusetzen, die Prozesse zu etablieren, Schulungen durchzuführen und die Geräte/Technik anzuschaffen und zu integrieren.

Die drei Organisationen sehen das Potenzial der Digitalisierung, wenn sie ausschließlich der Verbesserung der Gesundheitsversorgung dient. Digitalisierung kann Zeit sparen, ersetzt aber nicht eine menschliche, patientenzentrierte Versorgung. Wesentliche Grundlagen zur Implementierung der Telematikinfrastruktur sind formuliert, zum Teil bereits umgesetzt. Alle Chancen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Digitalisierung der internen und sektorenübergreifenden Prozesse sind zu nutzen.

Große Herausforderungen bleiben bestehen: eine praxisnahe und -taugliche Digitalisierung, die Gewinnung von IT-Personal, Planungssicherheit, eine größere Akzeptanz in der Ärzteschaft durch medizinisch und organisatorisch sinnvolle IT-Anwendungen, eine Ausweitung der Telemedizin und eine gute Implementierung der Telematikinfrastruktur. Zudem muss eine auskömmliche Finanzierung nicht nur der notwendigen Investitionen, sondern auch der Betriebskosten erreicht werden.

Klimaschutz

Klimaschutz ist präventiver Gesundheitsschutz. Der Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung, der unmittelbaren Handlungsdruck erzeugt. Nicht nur von drohenden Hitzewellen, zunehmend versiegelten Flächen, die nach Starkregen und Überschwemmungen Wassermassen nicht abfließen lassen, gehen erhebliche Gefahren für die Berliner Bevölkerung aus.

Mit Blick auf die Umweltkatastrophen der letzten Monate und Jahre ist ein Handeln unabdingbar. Daher kann dieses wichtige Thema nur gemeinsam von allen Beteiligten des Berliner Gesundheitssystems in Angriff genommen werden.

Entsprechend seiner eigenen Klimaschutzziele sollte das Land Berlin mit zusätzlichen pauschalen Fördermitteln Anreize für energie- und ressourceneffizientes Bauen und Wirtschaften setzen, die auch von Krankenhäusern und Praxen verwendet werden können. Ziel muss es sein, die Klimaneutralität der Berliner Gesundheitseinrichtungen zu erreichen. Ebenso wichtig ist eine Unterstützung bei den Hygienemaßnahmen, die durch die Pandemie in den Kliniken und Praxen gleichermaßen sehr umfangreich und kostspielig geworden sind.

Mit den Erfahrungen aus der Pandemie wollen die drei Organisationen in Zukunft gemeinsam ihre Kräfte bei den Themen Digitalisierung, Klimawandel sowie des immer dramatischeren Fachkräftemangels bündeln. Die drei Institutionen sind gemeinsam bereit, den Prozess für eine am Patientenwohl, an Qualität und medizinischem Fortschritt orientierte Gesundheitsversorgung der Zukunft zu gestalten.

gez.

PD Dr. Peter Bobbert, Präsident der Ärztekammer Berlin

Brit Ismer, Vorstandsvorsitzende der Berliner Krankenhausgesellschaft

Dr. Burkhard Ruppert, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin